

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pppn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Heinz Kolo MdL zur Gefahr menschlicher Fehlreaktionen in kerntechnischen Anlagen: Was geschieht, wenn ein Verzweifelter einen Reaktor als Waffe einsetzen will?

Seite 1

Norbert Gansel MdB zum Libyen-„Geschäft“ und anderen Skandalen: Seit der Wende fühlen sich die Waffen-Exporteure ermutigt.

Seite 3

Arne Börsen MdB zur Reaktion von Schwarz-Schilling auf den Protest gegen die DVU-Aussendung: Halbherziger Schritt des Postministers.

Seite 6

44. Jahrgang / 15

20. Januar 1989

Die Kernenergie und der menschliche Faktor

Was geschieht, wenn ein Verzweifelter einen Reaktor als Waffe einsetzen will?

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Menschliche Fehlreaktionen könnten kerntechnische Anlagen zur gigantischen Bedrohung machen. Selbst totale Überwachung der Beschäftigten würde im Zweifelsfall kaum etwas helfen. Daß diese Schreckensaussicht, von Kernkraftbetreibern und Kernkraftbefürwortern stets in den Bereich der Unwahrscheinlichkeit verwiesen, in Bayern sehr schnell zur realen Katastrophe werden könnte, belegen zwei Selbstmorde, die sich innerhalb kürzester Zeit in kerntechnischen Anlagen des Freistaates ereignet haben. Es stellt sich die Frage: Was hindert einen Verzweifelten und Lebensmüden, den Reaktor als Waffe einzusetzen?

Sonntag, 8. Januar 1989, 4.15 Uhr: ein 25jähriger Wachmann des „Zivilen Sicherheitsdienstes ZSD“, bekannt auch unter „Schwarze Sheriffs“, verabschiedet sich von seinen Kollegen, 4.45 Uhr: die Kollegen hören einen Schuß, finden den ZSD-Mann mit schweren Kopfverletzungen vor dem Getränke-Automaten im Verwaltungsgebäude des Reaktors Isar II in Ohu. Der Mann stirbt im Laufe des Sonntags. Ein Abschiedsbrief zeigt: der Verlust des Führerscheins hat vermutlich zur Kurzschußreaktion geführt.

Die SPD-Fraktion will kein politisches Kapital aus diesem Selbstmord schlagen. Dazu ist der Tod dieses Mannes zu tragisch. Aber:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Unsaure
mit 100% Rohstoffe
Recycling-Papier



wie das Umweltministerium mitgeteilt hat, ist dies innerhalb von vier Monaten der zweite Selbstmord in einem bayerischen Kernkraftwerk. Damit - auch hier dürfte Übereinstimmung mit der Staatsregierung bestehen - kann unvorhersehbare menschliche Fehlreaktion in kerntechnischen Anlagen nicht mehr in den Bereich der Unwahrscheinlichkeit, der Phantasie verwiesen werden.

Dann aber erhebt sich die Frage der Sicherheit der Anlagen: Was hindert einen Verzweifelten, sich des Reaktors als Waffe zu bedienen? Ein Wachmann hat Zugang auch zu Kontrollräumen, könnte sich mit seiner Waffe sogar Zugang zum Innersten des Reaktors erzwingen. Ein Schuß in die zentrale Steuerung, ein unbeobachtet geöffnetes Ventil - es gibt wohl keine Grenzen, hier der Phantasie gesetzt sind. Auch der mögliche Schaden könnte keine Grenzen haben.

Das Umweltministerium kann kaum alle Beschäftigten im Kernkraftwerk laufend überprüfen. Die Anlage zur menschlichen Fehlreaktion ist auch kaum bei Einstellung Jahre zuvor festzustellen, sie kann langsam wachsen oder durch ein Ereignis spontan entstehen. Sofern überhaupt eine Überprüfung stattfindet; bei Wachleuten verläßt sich das Ministerium ja auf die Firma, die das Sicherheitspersonal schickt.

Diesem Sicherheitsdefizit zu begegnen, wird nicht möglich sein. Man kann nicht hinter jeden Beschäftigten einen Aufpasser stellen und per „Supervision“ das ganze überwachen. Selbst wenn dies organisatorisch und technisch und finanziell möglich wäre - in diesem Fall würde jedes Kernkraftwerk zum Totalüberwachungszentrum, das den einzelnen Menschen bis in das Innerste seines persönlichen Bereiches ausleuchten müßte, in einer Dimension; wie sie George Orwell in seinem Buch „1984“ gar nicht voraussehen konnte. Und selbst diese Totalüberwachung ergäbe keine absolute Sicherheit.

Das Thema der Sicherheit in kerntechnischen Anlagen hat neue Aktualität gewonnen. Es wurde diskutiert - auch im Zusammenhang mit der WAA, in der hochgiftiges Plutonium in reiner, leicht transportierbarer Form anfällt - und von Betreibern ebenso wie von der Bayerischen Staatsregierung als nicht diskutierungswürdig verworfen. Diese Diskussion will ich erneut anregen. Der Bereich der inneren Sicherheit in Atomanlagen, des Mißbrauchs kerntechnischer Nutzung und der menschlichen Unberechenbarkeit muß zur wichtigen Größe in der Beurteilung von Kernenergie werden.

(-/20.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Seit der Wende fühlen sich die Waffen-Exporteure ermutigt
Feststellungen zum Libyen-„Geschäft“ und anderen Skandalen

Von Norbert Gansel MdB

Wir müssen begreifen, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis zwischen Regierungen und zwischen öffentlichen Meinungen noch nie so belastet und beschädigt war wie heute. Für den Handlungsraum deutscher Außenpolitik ist aber nichts wichtiger als daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen in kritischer Solidarität funktionieren. Das gilt für die Gegenwart, und das muß auch für die Zukunft gelten.

Die Bundesregierung ist durch ihr unverständliches Verhalten in den Verdacht geraten, die Beteiligung Deutscher an einer Giftgasproduktion in Libyen nicht ernst genommen zu haben und nicht ernst nehmen zu wollen.

Sie hat auf amerikanische Hinweise mit dem Gegenvorwurf geantwortet, es handle sich dabei „um eine amerikanische Kampagne“. Sie hat dazu Erklärungen abgegeben, in denen Empörung über verletzte nationale Interessen anklang. Es schadet aber den wirklichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, wenn mit Verweis auf „deutsche Exportinteressen“, dem angeblichen „Fehlen rechtsstaatlicher Mittel“ und dem Verlangen nach „gerichtsfesten Beweisen“ die USA brüskiert und Vorurteile gegen die Deutschen bestärkt werden.

Die Vorurteile haben ja eine Geschichte. Wie oft ist in den deutschen Kommentaren, wenn es um die Schilderung des Schreckens eines chemischen Krieges geht, der gedankenlos gutgemeinte Satz zu hören: Chemische Waffen sind so schrecklich, daß selbst Hitler nicht bereit war, sie im Zweiten Weltkrieg einzusetzen. Es gehört zu unserer Kollektivverdrängung, daß damit ignoriert wird, daß unzählige wehrlose Juden mit Zyklon B aus der Entwicklung einer deutschen Chemiefirma mit Weltruf von Deutschen umgebracht worden sind. Die Juden werden es nie vergessen. Die Amerikaner haben es nie vergessen. Die Deutschen dürfen es nicht vergessen.

Wer sich dessen nicht bewußt ist, ist unfähig, unsere Interessen, ist unfähig, nationale Interessen für die Deutschen zu vertreten.

Diese Beschädigung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ist von anderer Natur als der Streit über Agrarimporte. Er wird die Bundesrepublik Deutschland gleichwohl teuer zu stehen kommen. So wie diese Bundesregierung einzuschätzen ist, wird sie ihre arrogante Extratour bei wirklichen Interessenunterschieden zwischen den USA und der Bundesrepublik mit besonderer Botmäßigkeit wieder auszugleichen versuchen. Ich hoffe, wir werden diesen Preis nicht zahlen müssen, wenn es um die Entscheidung über die Modernisierung amerikanischer Nuklearraketen mit dem Standort in der Bundesrepublik Deutschland geht.

Die SPD hat das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegenüber Libyen bei dem Bombenangriff auf Tripolis vor längerer Zeit und auch jetzt bei dem Flugzeugzwischenfall im Mittelmeer abgelehnt und verurteilt. Wir sind gegen völkerrechtswidrige Präventivschläge, wir sind gegen Verdachtsangriffe, aber für Verdachtskontrollen, vor allem wenn es um Giftgas geht, und zuerst im eigenen Lande. Wir sind aus eigener Überzeugung und Überlegung und nicht unter dem Druck von außen dafür.

+

Selbst wenn alle Vorwürfe der Amerikaner der sachlichen Substanz entbehrten, wäre die Informations- und Verlautbarungspolitik der Bundesregierung Grund für personelle Konsequenzen. Sie hat ihre Kenntnisse immer nur in dem Maße zugegeben, wie sie unter dem Druck amerikanischer In-diskretionen und Recherchen deutscher Journalisten - denen ich meinen Respekt sagen möchte - dazu gezwungen war. So darf sich eine Regierung in einem demokratischen Staat nicht verhalten.

Nachdem endlich eine Kommission der Bundesregierung in die USA gereist war, um dort in die Unterlagen des amerikanischen Geheimdienstes Einsicht zu nehmen, erklärte Regierungssprecher Ost vor dem deutschen Fernsehen, die Kommission habe keine neuen Erkenntnisse in die Bundesrepublik zurückgebracht. Wenig später erfuhren wir, warum es keine neuen Erkenntnisse gab: Die Bundesregierung hatte nämlich selbst schon alte Erkenntnisse, die ihr vom Bundesnachrichtendienst in sehr konkreter Form bereits im Oktober oder gar im August 1988 übermittelt worden waren.

Seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 sehen sich die Exporteure von Waffen und sensiblen Anlagen und Stoffen ermutigt, ihre Aktivitäten zu verstärken und dabei auch Gesetzesbrüche im Kauf zu nehmen. Die Untersuchungen um die Ausfuhr von Konstruktionsplänen für U-Boote nach Südafrika haben gezeigt, daß sich an solchen Geschäften auch bundeseigene Unternehmen mit Wissen der Bundesregierung beteiligt haben, daß dies von maßgebenden Repräsentanten der Union befürwortet und unterstützt worden ist und daß danach alles geschah, um eine Aufklärung zu verhindern.

So entstand ein Klima augenzwinkernden und stillschweigenden Einverständnisses zwischen der Bundesregierung und der Rüstungsexportlobby.

Die Kette der Rüstungsexportskandale ist lang. Ein Skandal verdrängt den anderen. Vorgestern ging es noch um die Subvention des Verkaufs von Tomado-Bombern nach Jordanien, gestern um den Export sensibler Nukleartechnologie an Pakistan, Indien und Südafrika. Heute verdichten sich die tatsächlichen Anhaltspunkte für die Giftgasproduktion in Libyen. Die deutsche Rüstungsexportindustrie hat Geschäfte gemacht, die amerikanischen Unternehmen verboten waren. Sie haben den Amerikanern vorgeworfen, man habe die Deutschen auf die Anklagebank gesetzt. Selbst der Bundeskanzler hat sich dort hingekümmert, er glaube ja nicht, er könne dies aussitzen.

Ich weiß nicht, ob man verzweifelt oder getröstet sein soll, daß der amerikanische Verbündete über die deutschen Rüstungsexportgeschäfte besser informiert ist als die Bundesregierung und daß er sich mehr Sorgen darüber zu machen scheint als die Bundesregierung selbst.

Es ist schon ein ungewöhnlicher Vorgang, daß der Sprecher einer Regierung, die mit der Bundesregierung befreundet ist, öffentlich darauf hinweist, daß Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland einem als aggressiv eingeschätzten Staat in einem explosiven Spannungsbereich der Dritten Welt bei der Produktion von Giftgas Hilfe leisten könnten. Der Hinweis, aber auch die Form seiner Übermittlung ist ungewöhnlich. Solche sensiblen Informationen werden gewöhnlich auf geheimdienstlichem oder diplomatischem Wege übermittelt. Wenn der Weg über die Öffentlichkeit gewählt wird, ist daraus zu schließen, daß sich der angesprochene Staat als außerordentlich träge und tatenlos erwiesen hat, so daß zu ungewöhnlichen Mitteln gegriffen werden muß.

+

Ein solcher Vorgang ist ungewöhnlich, aber er ist leider nicht einmalig. Ich spreche jetzt nämlich nicht über die öffentlichen Hinweise der Amerikaner aus den Jahren 1988 und 1989 auf Libyen, sondern ich spreche von öffentlichen Hinweisen aus dem Jahre 1984 auf den Irak. In der Libyen-Affäre haben wir es nämlich in Bonn - mit Verlaub gesagt - mit Wiederholungstätern zu tun, und das macht die Sache viel schlimmer.

Es trug sich im März 1984 zu, daß der Sprecher des State Department öffentlich den Vorwurf erhob, Firmen aus der Bundesrepublik hätten zu den völkerrechtswidrigen Giftgaseinsätzen im Irak 1984 Beihilfe geleistet. Auch damals nahm sich die „New York Times“ des Themas an. Auch damals waren interne Hinweise der Amerikaner in Bonn ignoriert worden. Auch damals hat die Bundesregierung alles öffentlich abgestritten und nach einer Überprüfung durch eine Oberfinanzdirektion einen Freibrief erteilt.

Mit einer Zusatzfrage zu meiner parlamentarischen Anfrage vom 12. April 1984 hat ein Unions-Abgeordneter sogar die amerikanischen Hinweise mit einer „sowjetischen Desinformationskampagne“ verbunden. Immerhin hat die Bundesregierung später das Außenwirtschaftsgesetz geändert. Wiederholte Hinweise aus der SPD-Fraktion und aus der Fraktion „Die Grünen“ über weitere Verdachtsmomente wurden verharmlost. Das alles kann aus den Protokollen des Bundestages und des Auswärtigen Ausschusses gerichtsverwertbar dokumentiert werden.

Auch als schon Giftgasopfer dieses schrecklichen Krieges in deutschen Krankenhäusern behandelt wurden, blieb die Bundesregierung stumm. Zu einer öffentlichen Verurteilung des Irak war sie

nicht bereit. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion schrieb zweimal persönliche Briefe an den Bundeskanzler. Auch Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU- und aus der FDP-Fraktion wurden zunehmend erbittert über die Taktiererei des Auswärtigen Amtes. So faßte schließlich der Bundestag im Oktober 1988 - das muß zu seiner Ehre gesagt werden - einen einstimmigen Beschluß, durch den die Bundesregierung aufgefordert wurde, zur möglichen Beteiligung Deutscher an der Giftgasproduktion im Irak Stellung zu nehmen. Inzwischen war nämlich bekanntgeworden, daß eine hessische Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hatte.

Übrigens, es spricht für die deutsche Justiz, daß auch in der Libyen-Affäre eine Staatsanwaltschaft aufgrund von Presserecherchen Ermittlungen aufgenommen hat, obwohl die Bundesregierung nicht aufgehört hat zu beteuern, es gebe keine gerichtsverwertbaren Beweise. Die Staatsanwaltschaft hat sich dadurch nicht ermutigen lassen. Sie darf es auch nicht, denn es ist ihre Aufgabe, für eine Verurteilung oder für einen Freispruch gerichtsverwertbare Beweise zu liefern. Sie muß tatsächlichen Anhaltspunkten nachgehen.

+

Ich forderte die Bundesregierung auf, eine besondere Aufmerksamkeit dem Transfer von Raketentechnologie in Länder zu widmen, die schon jetzt über chemische Waffen verfügen. Für Israel kann es zum Beispiel eine tödliche Gefahr sein, wenn ihm feindlich gesonnene Nachbarstaaten über Trägersysteme verfügen, die im Mittelstrassenbereich chemische Waffen transportieren können. Wir haben hier im Bundestag mehrfach nach der Arbeit deutscher Raketentechniker im Irak gefragt, und es ist eine Schande, wie der Parlamentarische Staatssekretär Riedl ausweichend und verharmlosend darauf geantwortet hat. Wir haben auch nach dem Transfer von Flugzeug- und Raketentechnologie nach Libyen gefragt. Wir haben übrigens auch gefragt, wieso es noch immer möglich ist, daß an der Bundeswehrhochschule in München irakische Offiziersanwärter Raketen- und Weltraumtechnik studieren können.

Wir sind der Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland ein starkes Exportland bleiben muß. Das ist notwendig, wenn wir auch in Zukunft Arbeit und Einkommen sichern wollen. Aber es ist möglich, die Grenze zwischen liberalem Außenhandel und dem Geschäft mit dem Tode schärfer zu ziehen; zumindest der Wille dazu muß sichtbar werden.

Was die vielzitierten Arbeitsplätze anbetrifft: Ja, jeder Arbeitsplatz zählt für den Betreffenden. Aber das Argument wäre glaubwürdiger, wenn es für die zwei Millionen Arbeitslosen in unserem Lande so häufig und nachdrücklich gebraucht werden würde wie für die 10.000 Menschen, die in den problematischen Bereichen der Rüstungsindustrie arbeiten.

Gewiß, auch sie dürfen nicht Opfer einer falschen Politik und der Gewissenlosigkeit ihrer Arbeitgeber werden. Es wird übrigens noch manches deutsche Unternehmen in der nächsten Zeit spüren, was das Einfließen auf abenteuerliche Rüstungsgeschäfte in Libyen für die Zukunft des Unternehmens und der Arbeitsplätze bedeuten wird.

Es gehörte zu den Grundlagen unserer Republik, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg und Diktatur ausgehen sollten. Das ist ein gemeinsamer Wert. Wieviel uns dieser Wert wirklich wert ist, ist daran zu messen, ob wir bereit sind, auf den Kriegswaffen- und Rüstungsexport in Spannungsgebiete, Militärdiktaturen und Entwicklungsländer zu verzichten. Für die reiche Bundesrepublik Deutschland muß es möglich sein. Das könnte ein Beitrag zur deutschen Identität sein, etwas, in dem alle übereinstimmen könnten, der Arbeiter in der Fabrik, die Wissenschaftler im Labor, der Offizier in der Bundeswehr, die Frau in der Friedensbewegung. Das wäre etwas, worauf wir stolz sein könnten, während wir uns heute schämen müssen und demprimiert sind. Aber wir können es ändern.

(-/20.1.1989/vo-hs/rs)

* * *

Halbherziger Schritt des Postministers

Zur Reaktion von Schwarz-Schilling auf den Protest gegen die DVU-Aussendung

Von Arne Börsen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen im Deutschen Bundestag

Die Reaktion des Postministers Schwarz-Schilling auf die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages angesprochene empörende Postwurfsendung der „Deutsche Volksverhetzungs-Union“ (DVU) ist unbefriedigend.

Die Erklärung des Postministers Schwarz-Schilling, die Postordnung so zu ändern, daß Imitationen von Briefen, wie von der DVU mit Pauschal-Anschrift und Phantasiebriefmarke versucht, künftig abgewiesen werden können, ist ein halbherziger Schritt, der der Empörung in der Öffentlichkeit nicht gerecht wird.

Demgegenüber fordern wir, daß Postwurfsendungen denselben Kriterien unterworfen werden wie Briefe und Drucksachen: Keine politischen Aussagen auf der Anschriftenseite! Schließlich sei es für niemanden nachvollziehbar, daß die Bundespost bei Briefen fürchtet, mit politischen Aussagen identifiziert zu werden, bei Postwurfsendungen jedoch nicht.

Sollte jedoch Schwarz-Schillings Argumentation zutreffen, daß Briefsendungen eine hoheitliche Aufgabe darstellen, Postwurfsendungen jedoch nicht, dann könne und müsse die Annahme und die Beförderung von Postwurfsendungen mit politischen Aufdrucken schlicht abgelehnt werden.

Änderungen der Postordnung dürfen allerdings nicht davon ablenken, daß Verordnungen kein Ersatz für politische Auseinandersetzungen mit rechtsradikalen Elementen sein können und dürfen. Der bewußte Verzicht auf Verbot rechtsradikaler Parteien zwingt dazu! Die öffentliche Diskussion der DVU-Postwurfsendungen ist ein Teil dieser politischen Auseinandersetzung.

(-/19.1.1989/vo-he/rs)

* * *